

Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind.“

Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags

Narrenschiff Ampel: Mit Volldampf Richtung Abgrund

Wir leben in einer gefährlichen Zeit. Stimmen für Dialog und Frieden werden diffamiert. Das internationale Recht wird missachtet und verkommt. Anstatt Unrecht, Heuchelei und Lüge aufzuzeigen und alle Seiten zu Wort kommen zu lassen, damit die Öffentlichkeit sich ein Bild machen und verstehen kann, bereiten Medien politische Krisen vor und drängen zur Eskalation, die sie dann wie Kriegstrommler und Trompeter früherer Heere begleiten. Wir erleben das in Deutschland extrem, seit Ende 2021 in Berlin die Ampel-Regierung ins Amt kam. Diese Berichterstattung ist Teil einer Drohkulisse. „Krieg ohne Kampf“ nennen das die Militärs. Schauplätze sind Internet, Fernsehen aber auch die sogenannte Qualitätspresse. Das Ziel ist der Kopf. Und jederzeit kann diese „hybride Bedrohung“ auch mit militärischen Mitteln – als Krieg – fortgesetzt werden. Gleichzeitig werden gesellschaftliche Gruppen, die sich nicht einfach vereinnahmen lassen, zum Ziel von Kriminalisierung oder Ausgrenzung. In Deutschland ist das gut zu beobachten. Stimmen der Vernunft haben es schwer. Zu den lieb gewonnenen Illusionen, von denen sich die mittlerweile kriegsbeteiligten Deutschen trennen müssen, gehört, neben halbwegs stabilem Wohlstand und einer auf Ausgleich bedachten Aussenpolitik, darum vor allem die Pressefreiheit.

Die zehn Grundsätze der Kriegspropaganda

nach Lord Arthur Ponsonby, von dem auch das Zitat
„Das Erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“ stammt
(verfasst nach dem 1. Weltkrieg):

- 1) Wir wollen den Krieg nicht ☒
- 2) Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung ☒
- 3) Der Führer des Gegners ist ein Teufel ☒
- 4) Wir kämpfen für eine gute Sache ☒
- 5) Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen ☒
- 6) Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich ☒
- 7) Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm ☒
- 8) Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache
- 9) Unsere Mission ist heilig ☒
- 10) Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter ☒



Wie die Medien, einschließlich der öffentlich-rechtlichen, ihre „Mission“ verstehen

I Hetze kam zu früh-

Der Einschlag einer ukrainischen Abwehrrakete in Polen hat noch einmal deutlich gemacht, wie notwendig es ist, einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren und Friedensverhandlungen aufzunehmen, um einen Weltkrieg zu verhindern. Die deutschen Medien, die sich an Kriegspropaganda überbieten, hetzten zu früh:

- **Bild:** „2 Tote. Putin feuert Raketen nach Polen“
- **Welt:** „Im Grenzgebiet: Zwei russische Raketen in Polen eingeschlagen“
- **Stern:** „Russische Rakete schlägt in Polen ein, zwei Menschen sterben“
- **taz:** „Russischer Raketenangriff auf Polen: Tote nach Explosion in Polen“

II ARD: USA—Grossartig!

„Die US-Regierung hat zusätzliche Unterstützung für die Menschen in Afghanistan angekündigt. Sie stellt weitere 327 Millionen Dollar für humanitäre Hilfen bereit. Davon sollen auch Afghanen profitieren, die in die Nachbarländer geflohen sind.“

Welch US-amerikanische Großzügigkeit! Das bringt die Tagesschau ja prächtig rüber, unterschlägt aber, dass US-Präsident Biden als Rache für die Niederlage das afghanische Staatsvermögen beschlagnahmt hat, sieben Milliarden US-Dollar.

III Nordstream-Sabotage

... am Ende waren es die Russen selbst?

Biden-Originalton: (...nun mobisieren Sie bitte ihr Rest-Engisch!)

„There will not be longer a Nordstream Two“.

„I promise you, we'll be able to do it.“

„We'll bring it to an end.“ ...

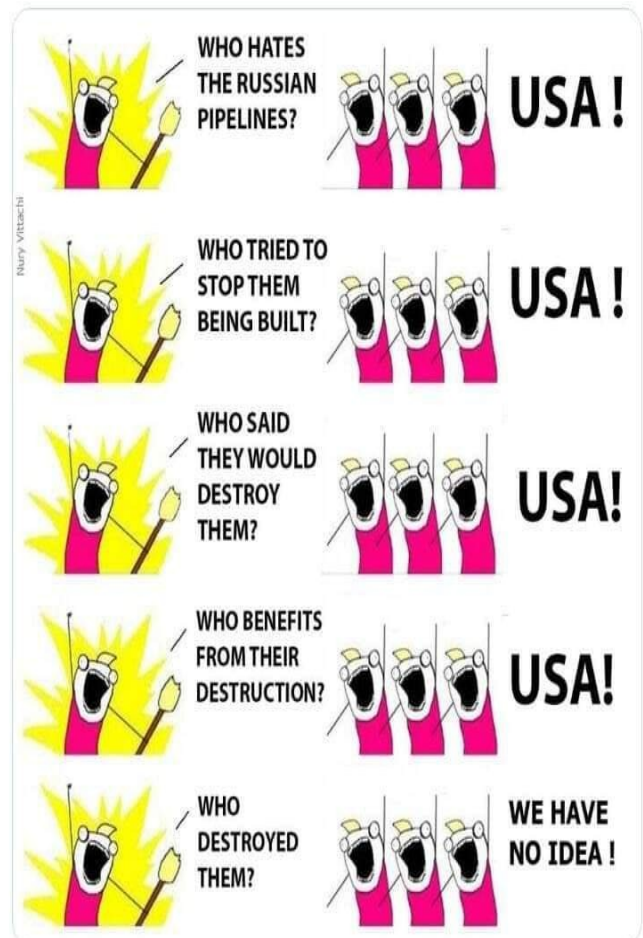
...und bis heute wollen sie's nicht wissen!

IV Schweigen

Der russische Präsident Wladimir Putin am 7. September 2022 auf dem Wirtschaftsforum Ost in Wladiwostok:

„Im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms, das ja den bedürftigsten Ländern helfen soll, wurden nur zwei Schiffe beladen. Ich betone: nur zwei von 87. Und von zwei Millionen Tonnen Lebensmittel wurden nur 60.000 Tonnen - und somit nur drei Prozent dieser Menge - an Entwicklungsländer geliefert.“

Diese unterschiedlichen Varianten medialer Manipulation lassen sich mühelos fortsetzen. Und es geht weiter. Jetzt soll z.B. der stark frequentierten medienkritischen Internetadresse „Nachdenkseiten“ von Albrecht Müller, ehemaliger Kanzleichef von Bundeskanzler Willi Brandt, die Gemeinnützigkeit entzogen werden.



Eimsbüttel

Grüner Mandatsträger auf Geisterfahrt



Erst kam der Zerstörer "Bayern", dann Menschenrechtler Till Steffen

Offenbar gibt es keine politische Dummheit, die die Grünen nicht zu begehen bereit sind. Nun hat ja schon ihre hemmungslose Kriegstreiberei an der Spitze der Ampel die Energieversorgung in Deutschland untergraben und damit die energetische Grundlage der deutschen industriell-wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zerstört. Aber das reicht nicht. Man sucht sich nun auch mit Peking anzulegen.

Eine Ukraine reicht ihnen nicht

Eine Delegation des „Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ ist vom 22. bis 29. Oktober nach Taiwan und Japan gereist, wird sich aber auch mit einer uigurischen Delegation treffen. Darum findet das Ganze unter dem Motto *„Systemischer Wettbewerb – Menschenrechte als integraler Bestandteil der Weltordnung statt.“* Klar wer hier die Guten und die Bösen sein sollen. Und klar, dass sich die grünen Baerbockdelegierten als Beschützer der taiwanesischen Separatisten verstehen, denen man eine Art Verfolgtenstatus anheftet. Aber Taiwan ist kein verfolgter Nachbar Chinas, sondern eine chinesische Provinz. Die Berliner Diplomatie unterstützt wieder Washingtons Absicht, Taiwan mit

Waffenlieferungen zu einer zweiten Ukraine aufzurüsten. Dass die regierenden Separatisten der „Democratic Progressive Party“ in Taiwan eine absolute Minderheitsposition vertreten und mehr als 80 % der taiwanesischen Bevölkerung den gegenwärtigen Status beibehalten wollen, stört die Menschenrechtskämpfer nicht, sofern sie es überhaupt zur Kenntnis genommen haben.

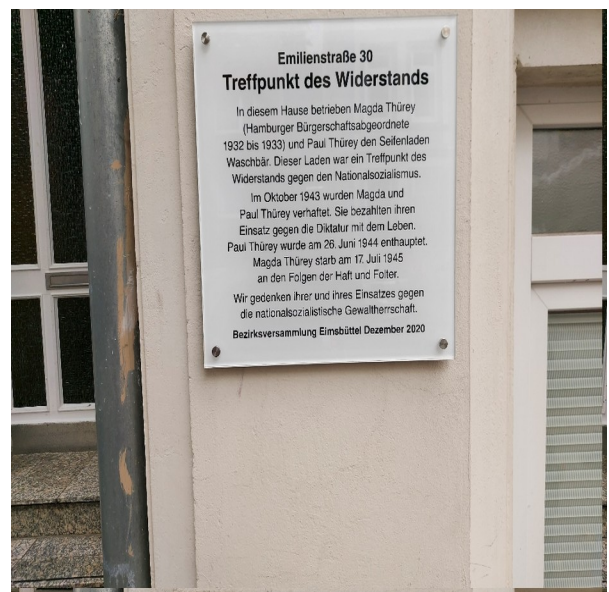
Die Frage ist: Was möchte Berlin, was möchten die Grünen und ein Till Steffen als Eimsbüttler Mandatsträger mit einem derartig fragwürdigen und provokativen Vorgehen a la Nancy Pelosi erreichen?

Die Ampel hat uns schon von einer preiswerten und sicheren Energieversorgung abgeschnitten, soll nun auch noch die Verbindung zur größten Industrie- und Handelsmacht des Globus in Frage gestellt werden? Ganz abgesehen von der Frage, wer den grünen Chamäleons erzählt hat, sie seien das moralische Gewissen der Welt.

Eimsbüttel

Hamburg, 30. August 2022

Emilienstrasse 30



Endlich gibt es die Gedenktafel für die Widerstandskämpfer und KPD-Mitglieder Magda und Paul Thürey in der Emilienstraße 30! Hier betrieben Magda und

Paul ihren Seifenladen "Waschbär", der als Treff der Widerständler sowie als Drehscheibe für Flugblätter und Informationen diente. Ein gemeinsamer Antrag der Links- und der SPD-Fraktion an die Bezirksversammlung Eimsbüttel brachte das Projekt ins Rollen. Magda und Paul gehörten zu der kommunistischen Widerstandsgruppe Bästlein-Jacob-Abshagen. Paul Thürey wurde im Zuge der „Hamburger Kommunistenprozesse“ zum Tode verurteilt und am 26. Juni 1944 enthauptet. Am 30. Oktober 1943 verhaftete die Gestapo auch die ehemalige Lehrerin und Bürgerschaftsabgeordnete Magda Thürey und hielt die an Multipler Sklerose Leidende bis Kriegsende ohne medizinische Versorgung im Konzentrationslager Fuhlsbüttel („KoLaFu“) fest. Von den dort inhaftierten Widerstandskämpfern starben über 200 an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen. Darunter auch Magda Thürey am 17. Juli 1945 nach achtzehnmonatiger Gestapohaft.

Eimsbüttel Mühlenkoppel Kein Anschluss unter dieser Nummer

Wir berichteten:

Die vom Immobilienkonzern Quantum überbetonierte Schrebersiedlung Mühlenkoppel umfasst heute 124 überteuerte privat finanzierte Mietwohnungen bzw. von Jungmillionären bewohnte Reihenhäuser für je rd 1,3 Millionen Euro. Darunter ganze 6 Sozialwohnungen, obwohl es nach dem geltenden „Drittermix“ fast 40 sein müssten. Wir wollten die Begründung erfahren und fragten im zuständigen Bezirksamt Eimsbüttel nach:

Warum durfte Quantum den Drittermix umgehen? Wer ist heute Grundstückseigentümer und wer vergibt diese Sozialwohnungen? Wie groß / klein sind die 6 geförderten Wohnungen? Wer überprüft die Nutzungsberechtigung? Zu welchem Preis

hat die städtische LIG (Liegenschaftsverwaltung) an Quantum verkauft? Usw.

Nachdem wir vom Bezirksamt an die LIG, dann an die städtische Investitions- und Förderbank (IFB) durchgereicht wurden, die sich hinter dem Datenschutz verbarrikierten, landeten wir wieder beim Bezirksamt, das uns widerwillig die geförderten Hausnummern verriet, die wir gar nicht wissen wollten.

Es bleibt der Verdacht, dass am Ende Eigentümer oder Hausverwaltung allein über die Vergabe entscheiden und eine behördliche Kontrolle gar nicht stattfindet. Wir werden das weiterverfolgen und dazu berichten! Das Hamburger Transparenzgesetz, so unsere Hoffnung, muß doch zu irgendwas gut sein!.

Eimsbüttel

Wir sind von den Socken

Beamten ist der Kragen geplatzt und der Senat verhängt eine Strafe für den



jahrelangen Leerstand von Dutzenden von Wohnungen. Der Kaputt-Besitzer, die einschlägig bekannte Potenberg-Gruppe, soll einen 6-stelligen Betrag zahlen. „Ausgleichszahlung für nicht erstellten Ersatzwohnraum“ heißt die Verordnung, die seit Jahren ungenutzt in den Schubladen schlummerte, während Dauerleerstand in mehr als 1600 Hamburger Wohnungen herrscht. Beim Verwaltungsgericht liegt aber schon ein „Eilantrag gegen den Behördenbescheid“ vor. Versehen mit Forderungen: Diese Spekulantengruppe möchte erstmal eine Zusage, um dann 6 statt bisher 3 Etagen bauen zu dürfen. Andernfalls, so die Drohung, wird weiter kaputtbesessen!

Hamburg darf keine städtischen Wohnungen und Baugrundstücke mehr verkaufen

Erfolg von „Keine Profite mit Boden und Miete“

Es geschehen noch Zeichen und Wunder! Die Initiative der Mietervereine und der Industriegewerkschaft Bau, zusammen mit dem Druck der diversen Bürgerinitiativen, die jedes größere Bauvorhaben in Hamburg seit Jahren begleiten wie das Amen in der Kirche, haben zum Erfolg geführt. Die Stadt darf bis auf wenige Ausnahmen keine Wohnungen oder Wohnungsbaugrundstücke mehr verkaufen, sondern nur noch in Erbpacht vergeben. Und sie verpflichtet sich, pro Jahr mindestens 1000 Sozialwohnungen mit 100-jähriger Bindung zu errichten. Bisher sind 30 Jahre Standard.

Ausnahmen betreffen sog. Infrastrukturprojekte oder große „Stadtentwicklungsgebiete“. Als solche gelten Projekte mit mehr als 700 Wohneinheiten wie etwa Oberbillwerder oder „Neue Mitte Altona“. Dort kann auch künftig ein „Drittermix“ aus Sozial-, Eigentums- und sog. frei finanzierten Mietwohnungen entstehen. Ein Problem bleibt die Kontrolle des Vertrages, denn Stadt und Bezirksämter haben Bauherren gewöhnlich zu vielen renditeträchtigen Ausnahmen verholfen.

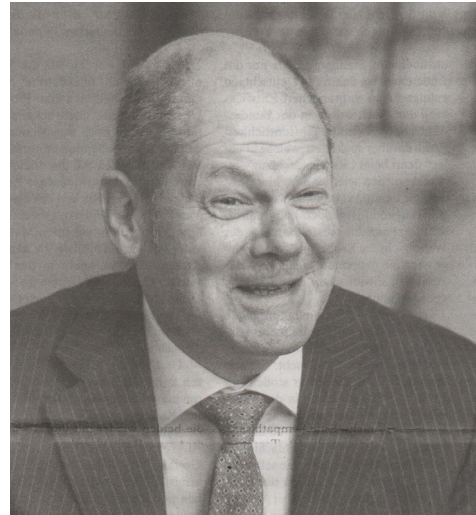
Was Scholz von dem Kahrs-Geld weiß

Ein Kopf wie ein Sieb

In der Steueraffaire um die Hamburger Warburg-Bank weist Bundeskanzler Olaf Scholz weiter jede Verantwortung zurück. Es habe keine politische Beeinflussung gegeben. „Ich bin sicher, dass diese Erkenntnis nicht mehr geändert werden wird“. Nach drei Treffen mit den Bank-Gesellschaftern Olearius und Warburg, an deren Einzelheiten sich Scholz nicht mehr erinnern will, hatte die Finanzverwaltung eine Steuerrückforderung von 47 Millionen Euro zunächst verjähren lassen. Tatsächlich ging es um einen dreifach

höheren Betrag, den die Bank dann auch zahlen mußte, weil eine mutige Kölner Staatsanwältin nicht locker ließ.

Auf die Frage eines Journalisten, was Scholz denn von den entdeckten mehr als 200 000 Euro im Schliessfach seines Parteifreundes, dem langjährigen Volksvertreter und Rüstungslobbyisten Johannes Kahrs wisse, sagte er: „Nichts!“



Teildementer Sozialdemokrat??

In Asien legt man Wert auf Umgangsformen. Das hat dem Bundeskanzler vor seinem Besuch in Vietnam entweder keiner gesagt oder er hatte es vor dem Besuch schon wieder von seiner Festplatte gelöscht. Jedenfalls gab er sich, der bei öffentlichen Auftritten sonst eher sediert wirkt, als hätte er das seiner Aussenministerin zugedachte Ritalin verputzt, so kregel wie ein Wiedehopf im Mai. Ganz undiplomatisch forderte er von seinen Gastgebern eine „klare Positionierung“ gegen Russland und dessen „Bruch des Völkerrechts mit Präcedenzwirkung“. In Hanoi hat man allerdings ein besseres Gedächtnis als der teildemente Sozialdemokrat und erinnerte sich zahlloser „Präcedenzfälle“ von Völkerrechtsbrüchen der letzten 70 Jahre, in denen erst die BRD und dann das größerdeutsche Regime in irgendeiner Weise die Finger drin hatte. Die vietnamesischen Medien deckten gnädig den Fettnapf, in den Scholz getreten war, mit der Flauchdecke des Schweigens zu.

Wie die Reichen das Klima versauen und den Löwenanteil an Energie vergeuden

Bei den Reichen läge das größte Einsparpotential an Energie, das es auszuschöpfen gelte. Der deutsche Ökonom Yannik Oswald, der zu Verteilungsgerechtigkeit in Energiefragen an der Uni Leeds forscht, kommt zu dem Ergebnis, dass ein Durchschnittsbürger im Jahr 87 Gigajoule beansprucht, beim obersten Prozent sind es 400 Gigajoule und bei den obersten Zehntelprozenten sind es mehr als Tausend Gigajoule. Die ultra-imperiale Lebensweise dieser Jetset-Klasse ist gekennzeichnet durch luxuriöse Villen, und meist weiteren Immobilien, Pools, Motor-yachten, Privatjets und häufige Flugreisen, teure SUVs, Sport-, Zweit- und Drittwagen, usw.

Oswalds Berechnungen zufolge könnten auf einen Schlag etwa 26% des Energiebedarfs der deutschen Haushalte eingespart werden, würde sich das reichste Zehntel der Bevölkerung so verhalten wie durchschnittliche wohlhabende Bürger.

Hinweis von Oswald:

Eine mit dem Verbrauch exponentiell steigende Steuer auf Energie wäre ein Ansatz, um über ein Viertel des Energieverbrauchs deutscher Haushalte einzusparen.



„Das kapitalistische System des Westens muss weichen....“

Drei Jahre sind vergangen, seit erwachsene Tanten und Onkel die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg als eine der einflussreichsten Personen der Welt bezeichneten. Ungefähr die gleichen Onkel und Tanten haben dieses Thema z.Z. etwas in den Hintergrund gedrängt – nach dem Konflikt in der Ukraine, der Corona-Pandemie und der drohenden globalen Krise.

Nicht so Greta. Laut der jungen Schwedin werde „ein extremes System, das auf der Ausbeutung von Menschen und des Planeten beruht, als normal bezeichnet.... Es ist ein System, das durch Kolonialismus, Imperialismus, Unterdrückung und Völkermord durch den sogenannten Globalen Norden definiert wurde, um Reichtum anzuhäufen, und das immer noch unsere gegenwärtige Weltordnung prägt.“

Die Klimakrise habe... „ihre Wurzeln in einem rassistischen, unterdrückerischen Extraktivismus, der sowohl die Menschen als auch den Planeten ausbeute, um kurzfristige Profite für einige wenige zu maximieren. ...Wenn Wirtschaftswachstum unsere einzige Priorität ist, dann sollte das, was wir jetzt erleben, genau das sein, was wir erwarten sollten.“

Info: Den Beitritt ihres Landes zur NATO lehnt Greta Thunberg ab.





Es wird sich schnell ausgewummst haben....

Um die Teuerung aufzufangen, will die Ampel bekanntlich Maßnahmen von 65 Millionen Euro umsetzen. Geplant ist unter anderem eine Energiepauschale für Rentner und Studierende, ein vergünstigter Strompreis im Basisverbrauch, ein bundesweites Nahverkehrsticket und eine Erhöhung des Kindergeldes um 18 Euro. Der Kreis der Wohngeldberechtigten soll auf etwa 2 Millionen Menschen wachsen. Das sei alles finanzierbar innerhalb der „bisherigen Haushaltsplanung“. So Finanzminister Christian Lindner, der sonst bekanntlich eisenhart auf der Einhaltung der Schwarzen Null besteht. Besser bestand!... denn es handelt sich um eine Schuldenaufnahme von insgesamt 300 Milliarden Euro. Eine „Kriegsverschuldung“ zugunsten der Energielieferanten, die man erst ab 2028 zurückzahlen wolle.

Scholz ließ verlauten, dass er sich Proteste auf der Strasse verbittet: „Wenn einige damit nicht einverstanden sind und die Formeln von Putin rufen, dann sind es

einige.“ Die meisten Menschen wüßten, dass es gut sei, in einem wirtschaftsstarke Sozialstaat zu leben. Die Formel der Regierung und der angeschlossenen Presse in den nächsten Monaten lautet also tatsächlich: Wer das Leben hier nicht gut findet, sei Putin auf den Leim gegangen. Das dürfte Millionen von Menschen, von denen Scholz augenscheinlich Dankbarkeit und Stillhalten erwartet, die aber weiterhin nicht wissen, wie sie Rechnungen und Einkäufe bezahlen sollen, nicht beeindrucken. Umso weniger, als es sich sehr bald ausgewummst haben dürfte, da Scholz & Co alles daran setzen, den Ukraine-Krieg durch immer neue Waffenlieferungen in die Länge zu ziehen – auf Anordnung Washingtons und bis zum letzten Ukrainer.

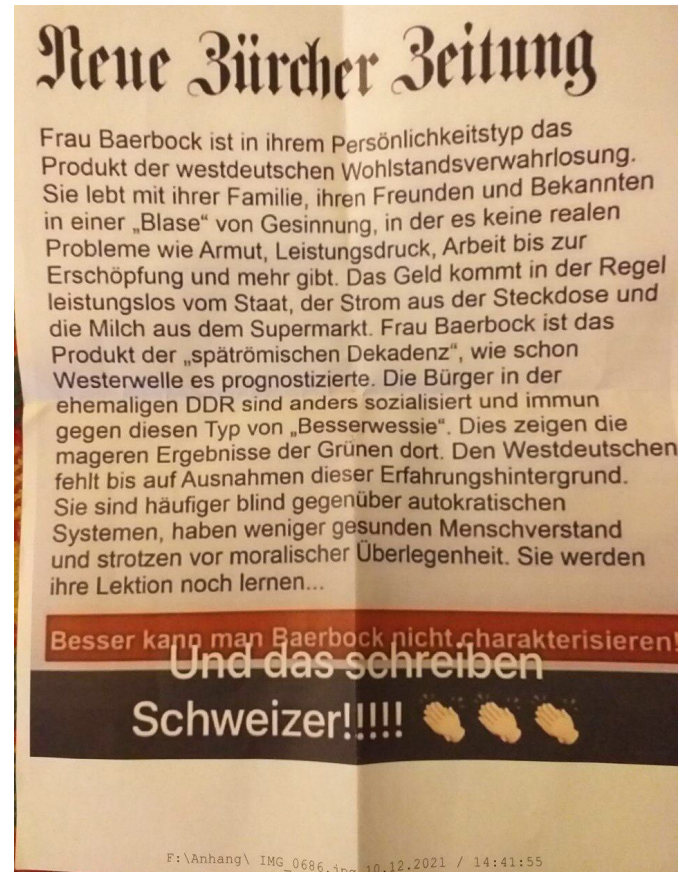
„Die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht – wie bescheuert ist das denn?“

Sahra Wagenknecht

Prof. Norman Paech, Hamburger Staatsrechtler und
 ehem. Bundestagsabgeordneter der Linken:

Woran unsere kriegstreibende Koalition nur ungern erinnert wird

....„Schon 26 Jahre nach dem Beitritt zur UNO brach eine rot-grüne Koalitionsregierung mit all ihren Versprechungen und Verpflichtungen. Am 24. März 1999 überfiel sie mit ihren Verbündeten in der NATO ihr Nachbarland Jugoslawien. Wie Gangster haben sie damals die UNO umgangen und 78 Tage lang Menschen und Land bombardiert. Über 200.000 Tote und mehrere Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Mit Lügen und falschen Erzählungen versuchten SPD und Grüne ihren Völkerrechtsbruch zu rechtfertigen. Sie wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Deutschland zahlte nie Entschädigung. Im Unterschied zu heute blieben allerdings die beiden übergangenen Atommächte Russland und China ruhig und nutzten den Krieg nicht zu einer gefährlichen Konfrontation mit dem Westen. Niemand musste vor der Gefahr eines Atomkrieges warnen. Doch nun, keine 25 Jahre später ist wieder Krieg in Europa.



Alle Rufe nach dem Völkerrecht, die jetzt plötzlich laut werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die, die jetzt rufen, einen Trümmerhaufen vor sich haben, den sie selbst verantworten müssen. Sie haben den Krieg vor Augen gehabt und haben offensichtlich nichts unternommen, ihn zu verhindern.

Lassen wir uns nicht täuschen. Dies ist kein Krieg nur zwischen Russland und der Ukraine. Seit Jahrhunderten verfolgen die USA ihr Ziel, Russland zu isolieren und als Machtfaktor in der Welt auszuschalten. Der Chef der geostrategischen Denkfabrik Stratfor, George Friedman, sagte im Februar 2015: „**Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahr-hunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland... Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Verbindung zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoff-Ressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern.**“